

## NACHRICHTEN

**Mit Covid in Stall: Kantone zuständig**

Bei einer Corona-Infektion auf einem Bauernhof muss die Versorgung der Tiere trotz Isolationsmassnahme jederzeit gewährleistet sein. Eine Aushilfslösung steht nicht immer und auch nicht sofort zur Verfügung. Wie die Wohnung sind auch der Hof und der Stall private, öffentlich nicht zugängliche Räume. Biobauer und Nationalrat Kilian Baumann (Grüne, BE) wollte deshalb in der Fragestunde vom Bundesrat wissen, ob es möglich sei, unter Einhaltung aller Vorsichtsmassnahmen und ohne Kontakt zu anderen Personen, die Tiere weiterhin selber zu versorgen. Bundesrat Alain Berset antwortete: «Das Bundesamt für Gesundheit gibt Empfehlungen zur Quarantäne und Isolation zuhanden der Kantone heraus. Die Anordnung und der Vollzug liegen jedoch in der Kompetenz der Kantone. Diese können in begründeten Fällen und nach einer Risikoabwägung Ausnahmen bewilligen oder Erleichterungen gewähren.» Lösungen müssten direkt mit den zuständigen Behörden besprochen werden, so Berset. *sal*

**Regeln zu Palmöl aus Indonesien**

Das «umfassende Wirtschaftspartnerschaftsabkommen» zwischen den EFTA-Staaten und Indonesien (CEPA) hält fest, dass nur nachhaltiges Palmöl von den Palmölkonzessionen der Schweiz profitieren kann. Der Bundesrat hat am Freitag die Vernehmlassung zur Verordnung über die Einfuhr von nachhaltig produziertem Palmöl aus Indonesien zum Präferenz-Zollansatz eröffnet. Die Verordnung setzt die entsprechende Bestimmung des CEPA um. Sie sieht vor, dass Importeure, welche präferenziell Palmöl aus Indonesien importieren wollen, einen Nachweis erbringen müssen, der die Einhaltung der Nachhaltigkeitsziele des CEPA belegt. Der Bundesrat eröffnet die Vernehmlassung zu dieser Verordnung im Bewusstsein, dass deren Inkrafttreten vom Ausgang der Volksabstimmung vom 7. März 2021 über das CEPA abhängt. Wird das CEPA vom Stimmvolk gutgeheissen, tritt sie zusammen mit dem Abkommen in Kraft. Uniterre und die Grüne Partei sind gegen das Abkommen. *sal*

**«Agroscope ist unabhängig»**

Der Bundesrat will mit dem Kanton Luzern, dem Luzerner Bauernverband, den Zentralschweizer Milchproduzenten und Suisseporcs in Sursee eine Versuchsstation zu Stickstoff und Phosphor betreiben. «Wie will Agroscope mit dem Kanton Luzern, der in der Kritik steht, seine Aufsichtspflicht im Bereich Stickstoff verletzt zu haben, und mit drei Interessenverbänden der Landwirtschaft Forschung betreiben und gleichzeitig wissenschaftliche Unabhängigkeit garantieren?», fragt Nationalrat Roland Fischer (GLP, LU) am Montag den Bundesrat. Die Antwort lautete, das Agroscope sich beim Forschungsdesign auf die Prinzipien der Wissenschaft stütze. In der Versuchsstation gehe es darum, Lösungen für die landwirtschaftliche Praxis zu erarbeiten. Die Partnerschaft mit den genannten Verbänden diene dazu, die Forschungsergebnisse und Lösungen schneller in die landwirtschaftliche Praxis zu bringen. *sal*

**ARTENVIELFALT:** Petition gegen das Insektensterben ist in der parlamentarischen Mühle gelandet

# Für die Insekten, aber nicht mit Vollgas

*Der Bauernverband, die Naturfreunde und die Imker freuen sich über einen Entscheid des Nationalrates gegen das Insektensterben. Die Bürgerlichen haben den Vorstoss in der Kommission aber entscheidend abgeschwächt.*

DANIEL SALZMANN

Der Schweizer Bauernverband, die Naturfreunde Schweiz, der Bienezüchterverband Apisuisse und Dark-Sky Switzerland versendeten am Donnerstag eine Medienmitteilung: «Die heute vom Nationalrat angenommene Motion verlangt, dass konkrete Massnahmen ergriffen werden, um das Insektensterben einzudämmen. Die Initianten der Petition freuen sich ausserordentlich. Sie ermutigen den Ständerat, die Motion ebenfalls so rasch wie möglich zu verabschieden.» Der Schutz der Insekten sei unerlässlich, um den Erhalt unserer Ökosysteme und Lebensgrundlagen zu sichern. Wie kommt das? Erst gerade noch, in den Debatten in National- und Ständerat der vergangenen zwei Wochen, hatte sich der Schweizer Bauernverband die Kritik anhören müssen, er tue nicht genug für den Schutz der Umwelt.

**Bericht fordert vieles**

Bei genauem Hinsehen wird deutlich, dass dieser Vorstoss es in sich hat. Aber die Bürgerlichen haben im Vorstoss auch eine Bremse eingebaut. Nach der Petition, welche die obengenannten Verbände eingereicht hatten, arbeitete die Umweltkommission des Nationalrates eine Kommission motion aus. Diese fordert vom Bundesrat die unverzügliche Umsetzung der Aktionspläne Bio-



Die Bienen sind eine der Insektenarten, die wegen der intensiven Wirtschaft und Besiedlung unter Druck sind. (Bild: af)

diversität, Bienengesundheit und Pflanzenschutzmittel. Gestützt auf den Bericht «Das Insektensterben stoppen – eine Auslegung zuhanden der Urek-N», vom 19. August 2019, soll der Bundesrat dem Parlament rasch ein umfassendes Paket mit notwendigen gesetzlichen Anpassungen sowie ambitionierten, überprüfbaren, terminierten Zielen und Massnahmen unterbreiten, zum Schutz und zur Förderung der Insekten in der Schweiz. «Dies über alle Bereiche hinweg, inklusive Bereitstellung der notwendigen, zusätzlichen personellen und finanziellen Ressourcen», so der Motionstext. Das tönt nach Vollgas im Umweltschutz.

**7000 ha wieder vernässen**

Und zwar in Richtung des bundesrätlichen Berichts. Dessen Lektüre lohnt sich. Da steht etwa «Allein der ausgewiesene,

durch Vollzugsdefizite bedingte Sanierungsaufwand für die nationalen Biotop beträgt 1,6 Milliarden Franken». Rund 16000 km Fliessgewässer seien in einem schlechten morphologischen Zustand, bis 2090 sollten 4000 km revitalisiert (renaturiert) werden, das müsse beschleunigt werden. Es ist klar, dass dies heutiges Kulturland beanspruchen wird. Weiter heisst es im Bericht, dass viele Wiesen, die als Biodiversitätsförderflächen gelten, eine ungenügende Pflanzenvielfalt aufwiesen. Das müsse man verbessern, auch Kleinstrukturen müsse man erhalten, und Steinfräsen werden kritisiert, weil sie den Boden bis in eine Tiefe von 25 cm brechen und zermahlen. Besonders einschneidend ist der Vorschlag zu den Feuchtgebieten, die Lebensraum für viele Insekten bieten: «Auf rund einem Drittel der drainierten Flächen (rund 70000 ha) ist

in den nächsten 10 bis 20 Jahren mit einem Erneuerungsbedarf der Drainagen zu rechnen. Dabei soll bei den Erneuerungsvorhaben auf rund einem Drittel der Flächen auf deren Erneuerung verzichtet werden.» Ein Drittel eines Drittels von 70000 ha sind 7777 Hektaren, die damit der Lebensmittelproduktion weitestgehend entzogen würden. Aber auch innerhalb der Siedlungsräume sollte laut dem Bericht mehr für den ökologischen Ausgleich getan werden, und die Ammoniakemissionen müssten reduziert werden, es würden zu viele Futtermittel eingesetzt in der Schweiz, und der Schutz der Insekten müsse bei der Zulassung von Pflanzenschutzmitteln stärker gewichtet werden, Ökowiess sollten nicht mit Mähauflbereitem gemäht werden und, und, und. Das alles liefe auf einen grossen Schritt in Richtung einer insektenfreundli-

chen Wirtschaft und Landwirtschaft hinaus.

**Vorstoss wurde entschärft**

Wie kam es jetzt zur Entschärfung der Motion? Die Urek-N ergänzte sie am 11. Februar 2020. Erstens soll noch mehr gegen die Lichtverschmutzung getan werden, und Schadinsekten ohne natürliche Feinde sollten bedacht werden. Zweitens und vor allem wurde die Motion erweitert um den Satz: «Die dem Parlament in einem Paket vorgeschlagenen Massnahmen sind entsprechend ihrer Wirksamkeit und Praktikabilität zu gewichten und zu priorisieren.» Es soll also nicht alles auf einmal umgesetzt werden, und auch nicht unbedingt und auch nicht um jeden Preis. So gab es gegen den Vorstoss keine Opposition, der Nationalrat stimmte der ergänzten Motion ohne Diskussion zu.

**MILCHMARKT:** Neue Wege beim Veredelungsverkehr

## Nestlé will Rahm importieren

*Die Firma Nestlé will Rahm importieren, aber diesen nicht selbst verarbeiten. Die SMP wehren sich gegen das Ansinnen.*

DANIEL SALZMANN

Die SMP schreiben in ihrer Mitteilung vom Mittwoch: «Sehr Mühe bereiten den Milchproduzenten «kreative» Aktivitäten mit Veredelungsverkehr, die den verbleibenden Grenzschutz bei der Milch in letzter Konsequenz bedrohlich erodieren könnten.» Was meinen die SMP damit? Auf Anfrage erklärt Kommunikationschef Reto Burkhardt: «Ein Gesuch zum Import im Veredelungsverkehr von Rahm wurde gestellt, aber es sollen dann nicht genau diese Milchbestandteile auch wieder exportiert werden.» Damit werde das sogenannte Identitätsprinzip verletzt, was für die Produzenten ein No-Go sei. «Damit müssten Schweizer Importbutter essen, und die Firma würde Schweizer Milchfett exportieren», kritisiert Burkhardt. Mit dem Gesuch drohe also eine deutliche Aufweichung des Grenzschutzes. Das Beispiel könnte Schule machen. Die SMP hätten deshalb im Rahmen der Konsultation bei der Zollverwaltung eine ablehnende Stellungnahme abgegeben. Nach Recherchen des «Schweizer Bauer» handelt es sich beim Konzern um die Firma Nestlé, die den importierten Rahm anderswo ver-



Die Firma Nestlé betreibt in Konolfingen eine Fabrik und ein Forschungszentrum mit 1000 Arbeitskräften. (Bild: zvg)

arbeiten lassen will und dafür für ihre Exportprodukte (v.a. Babynahrung) Schweizer Milchbestandteile verwenden will. Eine Nestlé-Sprecherin erklärt auf Anfrage: «Nestlé ist ein wichtiger Partner und Unterstützer der Schweizer Landwirtschaft. Wir kaufen jährlich Schweizer Agrarrohstoffe im Wert von über 100 Millionen Franken, unter anderem 120 Mio. Liter Schweizer Milch pro Jahr. Nestlé bekennt sich klar zu den jetzigen Rahmenbedingungen und hält sich an die Marktregelungen. Im Kontext einer veränderten Marktsituation, in der zu wenig Milchfett auf dem Schweizer Markt verfügbar ist, haben wir einen Antrag zum Veredelungsverkehr gestellt, um diese Situation temporär zu überbrücken.»

**A-PREIS GEHT RAUF**

Die Branchenorganisation Milch (BOM) hat am 25. November den Richtpreis für A-Milch ab 1. Januar 2021 um 2 Rp. auf 73 Rp./kg erhöht. Der SMP-Vorstand teilt nun mit, dass erste Signale darauf hindeuten, dass die Milchverarbeiter und der Detailhandel die Erhöhung des Richtpreises umsetzen und die Milch- und Rahmpreise erhöhen werden. Die Erhöhung sei im aktuellen Marktumfeld mit gutem Absatz und knappen Butterlagern zwar keine Selbstverständlichkeit, aber sehr marktkonform. *sal*

**NATIONALRAT:** Motion eingereicht

## Giftige Pflanzenschutzmittel den Nichtprofis wegnehmen

*Viele Laien wissen nicht, dass man Herbizide auf und an Strassen, Wegen und Plätzen nicht anwenden darf.*

Seit 2001 ist es auch privaten Anwendern untersagt, auf und an Strassen, Wegen und Plätzen Herbizide einzusetzen. Denn dort ist die Auswaschungsproblematik besonders akut. Doch eine Studie des Bundesamts für Umwelt (Bafu) zeigte im Jahr 2018, dass das Verbot bei Privaten nach wie vor wenig bekannt ist. Die Hälfte der damals befragten Personen wusste nicht einmal, dass es das Verbot gibt.

**Eine Positivliste machen**

Darum fordert Agronomin und Nationalrätin Christine Badertscher (Grüne, BE) jetzt in einer Motion, dass Pflanzenschutzmittel, die für Menschen, Insekten oder Gewässerlebewesen toxisch sind, für die nichtberufliche Anwendung nicht mehr zugelassen werden. Pflanzenschutzmittel, die zum Verkauf an bzw. zur Anwendung durch Hobby-Anwender zugelassen bleiben, seien auf einer Positivliste aufzuführen und laufend zu aktualisieren. «Die Liste soll auf die Bedürfnisse der Zielgruppe zugeschnitten sein sowie auf die heutigen Anforderungen an die Transparenz und Benutzer-



Nationalrätin Christine Badertscher. (Bild: zvg)

freundlichkeit solcher Datenbanken und sich am Ziel der Risikoreduktion orientieren. Solche Mittel für Private sollen auch nur in kleinen Gebinden verkauft werden dürfen, fordert Badertscher, die betont, dass Private im Gegensatz zu beruflichen Anwendern keine Ausbildung durchlaufen müssen.

**Passt zum Absenckpfad**

Über die nichtberuflichen Anwender ist auch im Rahmen des «Absenckpfades für das Risiko der Pestizide» als Teil der inzwischen zentral gewordenen parlamentarischen Initiative diskutiert worden, und sie sollen in diesem Rahmen ausdrücklich ihren Teil zur Risikoreduktion beitragen. *sal*